

16 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

---

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Jänner  
1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gerichtliche  
Einbringungsgesetz 1962 neuerlich geändert wird

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates  
sieht unter Bedachtnahme auf die erhöhten Postgebühren,  
eine Erhöhung der Ausfertigungskosten vor. Weiters soll  
hiedurch auch eine teilweise Abgeltung des mit der Aus-  
fertigung unmittelbar verbundenen Personal- und Sachaufwandes  
erzielt werden.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten  
hat den gegenständlichen Gesetzesbeschluß in seiner Sitzung  
vom 15. Jänner 1968 einer Vorberatung unterzogen. An der  
Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Mit-  
glieder des Bundesrates Liedl und Bürkle.

Ein vom Bundesrat Liedl eingebrachter Antrag Einspruch  
zu erheben, fand keine Mehrheit. Gleiches ergab sich bei dem  
Antrag des Berichterstatters keinen Einspruch zu erheben. In  
beiden Fällen ergab sich Stimmengleichheit, sodaß die Anträge  
als abgelehnt gelten.

Im Sinne der §§ 24 Abs. I und 30 Abs. D der Geschäfts-  
ordnung des Bundesrates sieht sich daher der Ausschuß für  
Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten veranlaßt, über das Er-  
gebnis seiner Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Wien, am 15. Jänner 1968

Johann M a y e r  
Berichterstatter

M a y r h a u s e r  
Obmann